

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Nachtragsrechnung präsentiert  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093601>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Laszlo Revesz  
zum Verhältnis  
von Kirche und Staat  
in Polen**

## Nachtragsrechnung präsentiert

**In Polen hat der Staat bis jetzt die Kirche zur Normalisierung der Lage benutzt. Jetzt benutzt er die Lage zur Normalisierung der Kirche.**

Seit Bestehen der Volksrepublik Polen gibt es für das Verhältnis von Kirche und Staat eine Faustregel: Wann immer der Staat politische Schwierigkeiten hatte, interessierte er sich für Zusammenarbeit mit der Kirche, wann immer er seine Macht im Sinne der Partei wieder gefestigt hatte, liess er die Partnerschaft in Gegnerschaft umschlagen.

Es hat Situationen gegeben – namentlich im Herbst 1956 und wiederum nach 1980 –, die man ohne die Mitwirkung der Kirche kaum hätte lösen können. Innenpolitische Krisen führten daher zu Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche, aber sie wurden später vom Machtapparat regelmässig verletzt, wenn er sich auf die Kirche nicht mehr angewiesen fühlte. So ging es mit den

Verträgen vom 14. April 1950 und vom 8. Dezember 1956. Nach 1956 begann die gemischte Kommission von Staat und Kirche ihre Tätigkeit, aber die Sitzungen hörten einige Jahre später auf; der Staat hatte sein Interesse daran verloren. Dann wurden sie im Herbst des Krisenjahres 1980 wieder aufgenommen.

### Als Jaruzelski freundlich tat

Für das Leben der Nation bedeutete die Ausrufung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981 eine entscheidende Zäsur. Indessen lag es nicht im Interesse des Militärregimes, zu diesem Zeitpunkt schon mit der Kirche zu brechen; man brauchte sie für die «Normalisierung» und gestand ihr eine Schonfrist zu. Doch jetzt beginnt diese abzulaufen (siehe auch ZB, Nr. 21/1983).

Zuvor hatten sich General Jaruzelski und die andern Führer immer wieder für eine Zusammenarbeit mit der Kirche ausgesprochen, um das Land so rasch als möglich aus der Krise herauszuführen.

Vor dem Papstbesuch vom Frühjahr 1983 erschien ein Buch von Stanislaw Markiewicz über die «Evolution der gesellschaftlichen Kirchendoktrin», das noch die neue Entwicklung der Vatikanpolitik lobte; sie ermögliche einen «konstruktiven Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche» (Rezension in «Trybuna Ludu», Warschau, 11./12.6.1983).

Im «Solidarnosc-Jahr» 1981 hatte der 9. Parteikongress vom Juli einen Beschluss verabschiedet, in dem die «patriotische» Rolle der Kirche anerkannt wurde: «Der Kongress erklärt seine Schätzung und Anerkennung für das patriotische Gefühl der katholischen Kirche und der übrigen Religionsgemeinschaften; er ist für eine weitere Förderung des konstruktiven Dialogs und der Zusammenarbeit (...) zum Wohl des Vaterlandes.»

Das blieb auch nach dem Staatsstreich vor zwei Jahren lange die amtliche Lesart («Nowe drogi», Zeitschrift des Partei-Zentralkomitees, Warschau, Nr. 4/1983), und noch im September die-

ses Jahres rühmte die Stettiner Tageszeitung ausdrücklich Papst Johannes Paul II. als ersten Papst, der die Vergesellschaftlichung von Produktionsmitteln anerkennt und sich für die Friedensverteidigung einsetzt («Glos Szczeciński», 3./4.9.1983).

### Herbstfrost

Demgegenüber aber haben seit diesem Sommer praktische Schikanen gegen Priester und Gläubige stark zugenommen, und seit diesem Herbst ist auch der öffentliche Ton deutlich frostiger geworden. Und die erwähnte gemischte Kommission von Staat und Kirche scheint ebenfalls eingefroren.

Ein Indiz für die Veränderungen ist es, dass die ursprünglich positive Bewertung des Papstbesuches (z.B. durch Regierungssprecher Jerzy Urban; siehe die Regierungszeitung «Rzeczpospolita», Warschau, 20.6.1983) nachträglich negativ eingefärbt worden ist. Sogar die relativ liberale Wochenzeitung «Polityka» hat die vorherige Gutheissung der Bevölkerungsgefühle später korrigiert: Es gehe nicht an, die zum Ausdruck gekommenen Gefühle bloss als religiös zu bezeichnen; man müsse auch die politische Motivation dahinter sehen («Polityka», Warschau, 24.9.1983).

Die gleiche Quelle wirft den polnischen Medien vor, die Kirche immer noch wie ein Tabu zu behandeln. Die Neutralität des Staates gegenüber der Kirche könne nicht bedeuten, dass er auch ihrer Tätigkeit gegenüber neutral bleibe; wenn der «Einsatz» der Kirche «negative nationale Charakterzüge» trage, müsse man dagegen einschreiten.

Konkret wird der Kirche vorgeworfen, sie setze sich nicht genug ein, um die Menschen zum Arbeitsethos zu erziehen und die Arbeitsmoral zu fördern. Auch lasse sie es bei ihren Feierlichkeiten zu, dass «bei den Massen die ausserreligiösen Gefühle überhand nehmen und manifest werden» («Polityka», 15.10.1983). Das bezieht sich auf die (durchaus ehrenvolle) Tatsache, dass die Kirchen in Polen der einzige Ort sind, wo die Menschen ihre wirklichen Gefühle noch zum Ausdruck bringen können.

### Wider den «militanten Klerikalismus»

Wenn die Vorwürfe an die gesamte Kirche noch vorsichtig formuliert und meist in Floskeln über grundsätzliche Zusammenarbeit eingepackt sind,

### Kirchenzahlen

Laut Angaben der Warschauer Wochenzeitung für Atheismus, «Argumenty», gibt es unter den 36 Millionen Einwohnern Polens höchstens 2,5 Millionen, die nicht religiös gläubig sind. Selbst unter den Parteimitgliedern wurde Ende 1980 der Anteil der Gläubigen von Parteiseite auf zwei Drittel geschätzt.

Die römisch-katholische Kirche dominiert eindeutig. Ende 1981 hatte sie 21059 Priester (davon 5117 Ordensleute), 85 Bischöfe und Erzbischöfe, 7229 Kirchgemeinden, 27 Diözesen und 14660 Gotteshäuser.

Neben der katholischen Kirche gibt es noch 33 registrierte Kirchen und Religionsgemeinschaften, die aber zusammen nur etwa 700000 Gläubige zählen. Im Polnischen Ökumenischen Rat sind acht Kirchen zusammengeschlossen, unter denen die Polnische Autokephale Orthodoxe Kirche mit 450000 bis 500000 Angehörigen die grösste ist.

so äussert man direkt Feindschaft gegenüber Priestern und Laien, die es zum Beispiel mit der verbotenen Gewerkschaftsbewegung halten und sich mit den politisch Verfolgten solidarisieren. Offenbar will man zwischen der Kirche «als solcher» und ihren politisch bewussten Angehörigen unterscheiden und möglichst auch einen Keil dazwischen treiben. Der erklärte Kampf gilt dem sogenannten «militanten Klerikalismus».

Unter Beschuss steht zum Beispiel «Tygodnik powszechny», die in Krakau erscheinende grösste katholische Wochenzeitung des Landes, die seinerzeit besonders eng mit Kardinal Wojtyla verbunden gewesen war, dem heutigen Papst. Man beschuldigt sie, «unter dem Vorwand der Religion» (staatsfeindliche) Politik zu betreiben («Argumenty», Warschau, 28.8.1983). Minister Jerzy Urban, der Regierungssprecher, hat diesen Herbst an einer Pressekonferenz erklärt:

«Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche richten sich nach dem Verfassungsprinzip der Trennung von Staat und Kirche auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Im Interesse des Staatswohls und der inneren Ordnung werden wir jeden Versuch zurückweisen, diese konstitutionellen Prinzipien zu verletzen. Wir werden die Erscheinung der (religiösen) Intoleranz, des militanten Klerikalismus, nicht dulden. Diese haben mit der Religion nichts gemein.»

Auf die Fragen westlicher Journalisten nach Beispielen für den militanten Klerikalismus antwortete er: «Die Erscheinungen des aggressiven Klerikalismus existieren einfach; sie sind schädlich, und sie erheischen gemeinsame Gegenaktionen.» («Trybuna Ludu», die grösste Tageszeitung der Partei, Warschau, 19.10.1983)

Indessen wollte Urban keine konkreten Fälle aufzählen und berief sich schliesslich nur auf «einige» kirchliche Publikationen, in denen behauptet werde, die polnische Kultur sei ausschliesslich christlicher Inspiration.

Mitte Oktober fand in Warschau die 13. Plenartagung des Zentralkomitees der PVAP statt, das erste «ideologische» Plenum seit 20 Jahren. In der Resolution heisst es bezüglich der Kirche unter anderem:

«Sie (die PVAP) spricht sich dafür aus, dass die Beziehungen zwischen Staat und Kirche so gestaltet werden, dass sie den Interessen der Volksrepublik Polen entsprechen. Als nicht zulässig erachtet sie die Erscheinungen des militanten Klerikalismus und der religiösen Intoleranz, den Missbrauch des geistlichen Gewandes oder der Kultstätte für eine politische Tätigkeit, welche den Interessen der Volksrepublik Polen zuwiderläuft, die Rechtsordnung verletzt und die gesellschaftliche Ruhe stört.» («Rzeczpospolita», 18.10.1983)

### Priester vor Gericht

Es bleibt nicht beim «ideologischen» Kampf. Polizei und Gerichte greifen gegen unbotmässige Priester durch und sperren sie ein.

Wie Urban am 18. Oktober erklärte, werden jetzt gegen mehrere Priester ordentliche Strafverfahren wegen Predigten eingeleitet, die im Sinne von



**Erinnerungsschwere Kreuze: Die Gräber der Polen, die beim Warschauer Aufstand von 1944 gefallen sind, im Warschauer Kommunalfriedhof.**

Artikel 194 des Strafgesetzbuches zu ahnden seien: «Wer bei Ausübung eines religiösen Kultes oder bei andern religiösen Funktionen die Gewissensfreiheit auf Kosten der Interessen der Volksrepublik Polen missbraucht, wird mit Freiheitsentzug von 1 bis 10 Jahren bestraft.» («Trybuna Ludu», 19.10.1983)

Von den Klubs der katholischen Intelligenzia (oft sehr aktive Laienzirkel), die nach der offiziellen Aufhebung des Kriegszustandes diesen Sommer wieder zugelassen worden waren, sind einige bereits wieder «aufgelöst» (d. h. verboten) worden («Tygodnik powszechny», 9.10.1983).

Die Träger der (sowjetisch ausgeborgten) Macht fühlen sich in Polen stark genug, eine staatsfromme Kirche zu verlangen; der traditionellen Volkskirche haben sie den Kampf angesagt, und er ist angelaufen.

### Das Ausspielen

Parallel dazu geht das Ausspielen der willigen gegen die unwilligen Gläubigen weiter.

Partei, Staat und Massenmedien widmen ihre verstärkte positive Aufmerksamkeit den drei weltlichen katholischen Organisationen PAX, Christlichsoziale Gesellschaft und PZKS (Polnischer Katholisch-gesellschaftlicher Verband). Alle drei Organisationen gehören zu den Begründern der regimewünschten Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt (PRON), wo ihnen eine Kollaborantenrolle zugeordnet ist. Die Christlichsoziale Gesellschaft hat im September eine internationale kirchliche Konferenz in

Warschau veranstaltet: «Verantwortung der Christen für Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent» («Trybuna Ludu», 10./11.9.1983). Was immer die kontinentalkirchliche Autorität dieser Vereinigung ist, bei der polnischen Bevölkerung hat sie nicht viel Autorität.

Analog zu verstehen sind die gehäufteren Freundlichkeiten an die Adresse der Minderheitskirchen. Die polnische Presse hat die im Schatten liegende orthodoxe Kirche geradezu entdeckt und beschäftigt sich mit ihr wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Regierungszeitung «Rzeczpospolita» veröffentlichte zum Beispiel am 22. Oktober ein langes Interview mit dem orthodoxen Metropoliten, der die störungsfreie Zusammenarbeit mit dem Staat hervorhob. Dieser stelle die Garantie dafür dar, dass in Polen keine Kirche auf Kosten der andern Kirchen dominieren könne; die Meinung ist da wohl klar.

Taktisches Wohlwollen erfährt auch die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas, die sonst im Sowjetlager nur Verfolgung zu gewärtigen hat. Das war auch in Polen der Fall gewesen, aber interessanterweise lockerte sich für sie die Schraube gerade nach dem Staatstreich von Jaruzelski. Während des Kriegszustandes, als fast alle Vereinigungen suspendiert waren, durften die Zeugen Jehovas 84 öffentliche Versammlungen organisieren, und man gestattete 5000 von ihnen die Reise zu einem Kongress nach Österreich. Zwar sind die Zeugen Jehovas auch heute noch keine registrierte Religionsgemeinschaft, aber sie gelten nicht mehr als verbotene, sondern als «toleriertere Vereinigung» («Polityka», 1.10.1983). ■